

## **Agenda für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland**

### **Erwartungen des Handels an die Wirtschaftspolitik**

#### **I. Die Bedeutung des Handels – Fundament von Versorgung, Wohlstand und gesellschaftlichem Leben**

Der deutsche Einzelhandel ist eine tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft und ein unverzichtbarer Akteur für die Stabilität der Gesellschaft. Mit über **drei Millionen Beschäftigten** in rund **280.000 Unternehmen** und einem Umsatz von 670 Mrd. € ist der Handel nicht nur der drittgrößte Wirtschaftszweig, sondern auch einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder des Landes. Seine Bedeutung geht jedoch weit über reine Kennzahlen hinaus: Als flächendeckender Versorger sichert er täglich die Lebensqualität von Millionen Menschen, als maßgeblicher Frequenzbringer ist er das ökonomische und soziale Herzstück lebendiger Innenstädte und Gemeinden. Er ist ein zentraler Ort der sozialen Begegnung und ein wichtiger Integrationsmotor, der Menschen unterschiedlichster Qualifikationen eine berufliche Perspektive bietet. Diese systemrelevante Rolle kann die Branche jedoch nur ausfüllen, wenn die Politik ihre Kernaufgabe erfüllt: verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die unternehmerisches Handeln nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung – ermöglichen und fördern, statt es zu behindern.

#### **Analyse der Ausgangslage: Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr**

Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat massiv an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verloren. Eine jahrelange Stagnation, eine im internationalen Vergleich hohe Kostenbelastung und eine ausufernde Regulierung haben zu einer tiefen Verunsicherung bei Unternehmen und Verbrauchern geführt. Diese strukturelle Schwäche manifestiert sich im Einzelhandel besonders deutlich: Der HDE prognostiziert für 2025 lediglich ein preisbereinigtes Umsatzwachstum von 0,5 Prozent, was faktisch über die letzten 6 Jahre eine Fortsetzung der Stagnation bedeutet. Gleichzeitig berichten 71 % der stationären Händler von sinkenden Kundenfrequenzen, und über die Hälfte der Unternehmen erwartet sinkende Erlöse. Die Investitionsbereitschaft befindet sich auf einem Tiefpunkt, wobei Investitionen jetzt dringend erforderlich wären.

Diese alarmierenden Signale sind nicht das Ergebnis einer vorübergehenden Konjunkturdelle, sondern auch die Konsequenz politischer Versäumnisse. In ihren **ersten 100 Tagen** konnte die Regierung nicht die strukturellen Probleme des Standorts bei Kosten, Bürokratie und Infrastruktur beseitigen. Ein "Weiter so" gefährdet jedoch nicht nur die Zukunftsfähigkeit unserer Branche, sondern das Fundament unseres Wohlstands. Um den Abwärtstrend zu stoppen und einen nachhaltigen Aufschwung einzuleiten, bedarf es einer schlagkräftigen Agenda, die auf Entlastung, Investitionsanreize und fairen Wettbewerb setzt.

## **II. Handlungsfelder und Forderungen des Handels**

### **1. Standortbedingungen verbessern:**

#### **Bürokratie abbauen, fairen Wettbewerb sichern**

Die doppelte Belastung aus einer exzessiven Regulierung und unfairen Wettbewerbsbedingungen durch globale Akteure hemmt die unternehmerische Dynamik und verzerrt den Markt zu Lasten heimischer Unternehmen.

#### **Bürokratielasten als Investitionsbremse stoppen**

Die zunehmende Regulierungsintensität hat sich zu einem massiven Problem für den Wirtschaftsstandort entwickelt. Der Bürokratieaufwand lähmt Unternehmen, bremst Investitionen und untergräbt die Wettbewerbsfähigkeit. Die Politik schafft eine Flut an kumulativen Vorschriften, die in der Praxis zu Rechtsunsicherheit, handwerklichen Fehlern und Wettbewerbsnachteilen führen:

- ➔ So erzeugt die **EU-Entwaldungsverordnung (EUDR)** durch die Forderung nach mehrfachen Sorgfaltserklärungen auf jeder Stufe der Lieferkette einen unverhältnismäßigen, kaum umzusetzenden Aufwand.
- ➔ Gleichzeitig lässt die Bundesregierung bei der **LkSG-Novelle** die versprochene Rechtsklarheit zur Abschaffung der Berichtspflichten vermissen und benachteiligt bei der **CSRD-Umsetzung** Genossenschaften und Verbundgruppen.
- ➔ Besonders schädlich ist zudem die Praxis des „Gold-Plating“: Bei der Umsetzung der EU-Vorgaben zu unlauteren Handelspraktiken (UTP) wird mit dem **AgrarOLkG** massiv in die Vertragsfreiheit eingegriffen, was zu Effizienzverlusten führt, ohne den eigentlichen Normzweck – eine Verbesserung der Ertragslage der Landwirte – nachweislich zu erreichen.

**Unsere Forderung:** Die Bundesregierung muss für ein unternehmensfreundliches Regulierungsumfeld sorgen. Dies erfordert die unverzügliche Umsetzung von Entlastungsversprechen (LkSG), die Korrektur handwerklich fehlerhafter Gesetze (CSRD) und einen konsequenten Stopp von nationalen Alleingängen („Gold-Plating“ wie beim AgrarOLkG). Auf europäischer Ebene ist das Omnibus-Verfahren zur Harmonisierung der Berichtspflichten zu unterstützen.

#### **Fairen Wettbewerb gegenüber Drittstaatenplattformen durchsetzen**

Die ausufernde Regulierung wird vollends zur Farce, wenn die damit etablierten, anspruchsvollen Standards nur einseitig durchgesetzt werden. Es ist ein Hohn, dass deutsche und europäische Unternehmen mit hohem Aufwand die Einhaltung immer neuer Vorgaben nachweisen müssen, während die systematische Regelmissachtung durch Wettbewerber aus Drittstaaten faktisch toleriert wird. Dieser Zustand untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit der Politik, sondern stellt eine massive und inakzeptable Wettbewerbsverzerrung dar.

Es herrscht kein Regel-, sondern ein massives Vollzugsproblem. Während deutsche Händler strengen Vorschriften unterliegen, missachten Plattformen wie Temu und Shein systematisch EU-Recht. Bei 90 % der Kontrollen wurden massive Rechtsverletzungen festgestellt. Allein im Jahr 2024 wurden 4,6 Milliarden Pakete aus Drittstaaten in die EU versandt, 91 % davon aus China. Die Reaktion der USA, ihre Zollfreigrenze abzuschaffen, hat zu einer massiven

Verlagerung dieser Paketflut nach Europa geführt. Die Ankündigung der EU, die 150-Euro-Zollfreigrenze erst 2028 abschaffen zu wollen, ist angesichts dieser Dringlichkeit völlig unzureichend und ignoriert die Realität des Marktes.

- **Unsere Forderung** nach einem **Level-Playing-Field** kann nur durch konsequente und sofortige Rechtsdurchsetzung hergestellt werden. Dazu gehören:
  - Die **unverzügliche Streichung der 150-Euro-Zollfreigrenze**, anstatt bis 2028 zu warten. Sowie digitale Vernetzung des Zolls in Europa.
  - Die **Verpflichtung zur Benennung eines haftbaren und solventen Wirtschaftsakteurs in der EU** für alle Drittstaatenanbieter.
  - Eine massive **technische und personelle Ertüchtigung des Zolls**. Alle Sendungen müssen digital angemeldet werden, um risikobasierte Kontrollen und umfassende Testkäufe zu ermöglichen.
  - Die **Marktüberwachung für Plattformen und Händler aus Drittstaaten muss zentralisiert werden**, um die Zuständigkeitszersplitterung zu beenden und eine schlagkräftige Kontrolle zu gewährleisten.

## **2. Kosten senken und Investitionen ermöglichen: Energie- und Steuerpolitik**

Die hohe Kostenbelastung ist für viele Handelsunternehmen existenzbedrohend. Energiekosten von 3 bis 4 Prozent des Umsatzes sind bei Margen von oft nur 1 bis 2 Prozent nicht mehr zu kompensieren.

### **Energiepolitik: Wortbruch korrigieren, Ausbau entfesseln**

Die aktuelle Politik verschärft diese Lage, anstatt sie zu entschärfen, und behindert gleichzeitig die brancheneigenen Anstrengungen zur Energiewende.

- **Wortbruch bei der Stromsteuer:** Die im Koalitionsvertrag unmissverständlich zugesagte Senkung der Stromsteuer für „Unternehmen und Verbraucher“ wurde einseitig aufgekündigt. Dies ist nicht nur ein Vertrauensbruch, sondern entzieht dem Einzelhandel jährlich rund 700 Millionen Euro an dringend benötigtem Investitionskapital. Wir fordern die vollumfängliche Umsetzung des Koalitionsvertrags: Die Stromsteuer muss für alle Unternehmen und Haushalte auf das europäische Mindestmaß sinken.
- **Flaschenhals Netzausbau:** Die Energiewende scheitert an der Realität der Verteilnetze. Verzögerungen von bis zu 18 Monaten bei Netzanschlussanfragen sind die Regel und konterkarieren Investitionen in PV-Anlagen und Ladeinfrastruktur. Die Streichung ursprünglich geplanter, verbindlicher Rückmeldefristen für Netzbetreiber aus dem EnWG ist ein Fehler und muss korrigiert werden.
- **Fehlsteuerung bei Ladeinfrastruktur:** Starre quantitative Vorgaben der EPBD ignorieren die Bedürfnisse von Handelsstandorten mit kurzer Verweildauer. Wir fordern eine qualitative, an der Gesamtleistung orientierte

Regelung, die den bedarfsgerechten Ausbau von Schnellladepunkten ermöglicht. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird dringend benötigt, da die Frist zur Umsetzung bereits im Mai 2026 abläuft.

### **Steuerpolitik: Investitionshemmnisse beseitigen**

Die aktuelle Struktur der Unternehmensbesteuerung bestraft Investitionen in Standorte. Ein zentrales Hindernis für innerstädtische Händler ist die Hinzurechnung von Miet- und Pachtaufwendungen zur Gewerbesteuer. Diese Regelung ist ein Anachronismus, der zu Steuerzahlungen in Verlustjahren führen kann und die Existenz von Betrieben in Hochkostenlagen gefährdet. Ihre ersatzlose Streichung ist überfällig.

### **3. Zukunftsfähigkeit sichern: Innenstädte, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung**

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik muss auch die Stabilität der Sozialsysteme und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes im Blick haben. Hier sind strukturelle Reformen statt teurer und kontraproduktiver Maßnahmen erforderlich.

#### **Zukunft der Rente: Stabilität durch längere Lebensarbeitszeit**

Wir unterstützen ausdrücklich die Initiative der Bundeswirtschaftsministerin, eine Debatte über eine längere Lebensarbeitszeit anzustoßen. Die Demografie erfordert mutige Schritte. Fehlanreize zur Frühverrentung wie die „Rente mit 63“ müssen abgeschafft und die Regelaltersgrenze an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden.

#### **Stabilität der Lohnnebenkosten: 40-Prozent-Obergrenze garantieren**

Für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist die Begrenzung der Lohnnebenkosten entscheidend. Wir fordern ein klares politisches Bekenntnis zur Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge bei einer Obergrenze von 40 Prozent. Dies schafft Planungssicherheit für Unternehmen und sichert Arbeitsplätze.

#### **Mindestlohn: Tarifautonomie vor politischen Eingriffen schützen**

Die Festlegung von Löhnen ist Kernaufgabe der Sozialpartner. Eine politisch motivierte Zielmarke von 15 Euro für den Mindestlohn ist eine inakzeptable Einmischung in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission und untergräbt die Tarifautonomie. Solche Eingriffe gefährden Arbeitsplätze im geringqualifizierten Bereich, heizen die Inflation an und setzen falsche bildungspolitische Anreize. Die Absicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaats, nicht des Mindestlohns.

#### **Innenstädte vitalisieren**

Lebendige Innenstädte sind für die Versorgung und den sozialen Zusammenhalt unverzichtbar. Angesichts des massiven Investitionsbedarfs fordern wir eine bundesweite Sonder-AfA für Investitionen in Innenstadtimmobilien, um dringend benötigtes privates Kapital für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu mobilisieren und den Transformationsprozess zu beschleunigen.